

allem deshalb, weil die demoskopiegetriebene Wahrnehmung immer die Ausgangsthese produzierte, Rot-Grün sei ohnehin nicht in Schlagdistanz. Wie billig: Kaum ein Interview gab es da, in dem Sachargumenten am Ende nicht Umfragedaten entgegengehalten wurden. Aber wenn all die oberflächlichen Umfragedaten eines belegen, dann doch auch die inhaltliche Unzufriedenheit einer Mehrheit selbst mit den wenigen politischen Akzenten der bisherigen schwarz-gelben Mehrheit. Daran anzuknüpfen und aus Kritik Veränderungshoffnung zu machen: Das muss der Ansatz sein.

Und es geht im Wahlkampf, wie immer, auch um die Standortbestimmung der politischen Kultur. Da ist es nicht zuletzt einer der zentralen Maßstäbe, ob es gelingt, den Trend hin zu Protestparteien zu brechen. Sowohl eher links (Piraten) also auch eher rechts (AfD) gibt es aktuell Angebote. Zumindest teilweise muss man auch Linkspartei und FDP (erstere im Westen, Letz-

tere in ihrer marktliberalen Kernklientel) in diesem Zusammenhang sehen. Es geht, wie immer, um die Bindungskraft des Parteiensystems. Was aber – anders als oft behauptet – nicht allein eine Frage nach Erfolg oder Versagen der seriösen Parteien ist, sondern auch eine Frage nach Politikfähigkeit und -bereitschaft der Gesellschaft insgesamt.

Das bedeutet: Da ist nicht nur eine Bringschuld, die man alleine den Parteien und ihren Wahlkampfprofis aufladen könnte. Da ist die Chance zur staatsbürgerlichen Einmischung, zur realen Partizipation, die sonst doch eher nur von Minderheiten lautstark eingefordert wird. Wahlkämpfe sollten insofern nicht zuerst aus Sicht des Parteiensystems als Chance verstanden werden, sondern aus Sicht der Gesellschaft insgesamt. Aus der Sicht derer, die hier und nur hier direkt und unmittelbar ihren unterschiedlichen Interessen Gewicht geben können. Sie sollten es tun. ■

Marika Höhn

Gegen die Anarchie des freien Marktes

Die Politik muss die Tarifbindung stärken

Die Tarifautonomie ist in den letzten Jahren schleichend unterhöhlt worden, weil sich das Machtgefüge zugunsten der Arbeitgeber verschoben hat. Dies hat nicht nur zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt: Bedroht sind auch die Demokratie und die Stabilität der Gesellschaft.

Deutschland ist nicht nur Exportweltmeister und Wirtschaftsboomer, sondern liegt auch bei den Niedriglöhnen im europäischen Vergleich weit vorn. Mehr als 22 % der Beschäftigten müssen mit einem Niedriglohn auskommen, der deutlich unterhalb von 8,50 Euro je Stunde liegt, zu einem großen Anteil sogar unterhalb von 5,00 Euro je Stunde. Besonders betroffen sind Menschen in so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen



Marika Höhn

(*1971) ist Juristin und Referatsleiterin beim DGB-Bundesvorstand, Abteilung Grundsatz- und Gesellschaftspolitik.

marika.hoehn@dgb.de

wie Minijobs oder Leiharbeit und Beschäftigte in Betrieben ohne Tarifbindung.

Dieses in der deutschen Politik durchaus bekannte Problem der »working poor« hat außer zu unzähligen Debatten noch zu keinem beherzten Eingreifen geführt. Das Anwachsen des Niedriglohnsektors wurde bislang nicht gestoppt. Die statistischen Ämter registrieren eine weitere Ausdehnung – zwar langsam, aber stetig.

Auf der anderen Seite übersteigen in einigen DAX-Unternehmen die Vergütungen pro Vorstand die Belegschaftsvergütungen um mehr als das 100fache. Diese Vergütungen können die Unternehmen als Betriebsausgaben von der Körperschaftsteuer vollständig abziehen. Der Steuerzahler subventioniert also die Reichen.

Wir reden hier von Summen, die jenseits der Vorstellungskraft von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern liegen. Geld ist da, es wird leider extrem ungleich verteilt. Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung weist nach, dass es zwischen 2005 und 2011 in den meisten DAX-Unternehmen bei den Vorstandsvergütungen sogar noch einen erheblichen Schub nach vorn gegeben hat.

Der Staat leistet sich nicht nur – wie etwa durch »Aufstockungen« von Niedriglöhnen – hohe Ausgaben, um den Unternehmen das Zahlen leistungs- und lebensgerechter Löhne zu ersparen. Er sozialisiert auch noch die Kosten der Millionenvergütungen der Vorstände.

Sowohl das eine als auch das andere muss dringend begrenzt werden. Das wird die Herausforderung der Zukunft für die Glaubwürdigkeit politisch verantwortlich Handelnder sein. Die Gesellschaft wird und kann nicht dauerhaft Billiglöhne auf der einen Seite und exorbitante Vorstandsgehälter auf der anderen Seite subventionieren. Das ist ein sozialer Sprengstoff, der die Gesellschaft auseinanderreißt.

Anstatt zu handeln, wird viel geredet. Politisch Verantwortliche verweisen regelmäßig auf die Akteure der Tarifhoheit. Tarifaufonomie kann sich jedoch nicht entfalten, wenn die Koordinaten nicht stim-

men. Das Machtgefüge zwischen den Sozialpartnern ist aus dem Lot geraten, seitdem sich der Staat im Laufe der jüngeren Geschichte Stück für Stück aus seiner Schutzpflicht gegenüber den Arbeitnehmern verabschiedet hat. Viele Arbeitgeber, Unternehmer und Manager nutzen die geöffneten Gelegenheitsfenster und fluten den Arbeitsmarkt mit prekären und niedrig entlohnten Jobs. Die Rede ist von einer kontinuierlichen Ausweitung von Flexibilisierung, Deregulierung und Absenkung sozialer Standards.

Ein Beispiel ist der industrielle Sektor als Herzstück der deutschen Wirtschaft und Wertschöpfung. Betriebsstrukturen werden hier im großen Stil von Gewinnmaximierern aufgelöst und Betriebsteile, abgesehen von wenigen Kernbereichen, ausgelagert. Arbeiten werden an sogenannte Fremdfirmen oder eigene Tochterunternehmen, Klein(st)unternehmer und Dienstleister weitergereicht, die häufig sogar auf demselben Betriebsgelände ihren Sitz haben. Die Arbeitskraft der dort Beschäftigten wird dann wesentlich billiger wieder eingekauft. Tarifverträge werden umgangen. Der Begriff »Industriennahe Dienstleistungen« gibt das Stichwort für eine Prekarisierung, Fragmentierung und Entwertung von Arbeit. Das ist ein Prozess, der geltende Arbeitsnormen, Mitbestimmung und Tarifverträge aushöhlt, ihnen die Basis entzieht.

Die Arbeitskraft als Spekulationsware – hier sind wir angekommen. Billig, billig und nochmals billig muss sie sein. Arbeitskraft als Kostenfaktor soll die Gewinne nicht schmälern. Wir sind auf dem Weg zu einer Anarchie des freien Marktes. Tariflose Zustände und eine schwindende Tarifbindung nagen am Vertrauen in den Rechtsstaat, Sozialstaat und die Demokratie.

Gute Arbeit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Selbstverwirklichung der Menschen und für ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Menschen brauchen sichere Arbeitsplätze mit gut be-

zahlten Löhnen und die Möglichkeit, ihre Arbeitsbedingungen mitzugestalten und Demokratie im Betrieb zu erfahren. Das gelingt dort, wo Tarifautonomie durch den Willen zu Mitbestimmung und Tarifbindung gelebt und getragen wird.

Seit Mitte der 90er Jahre bis heute ist die Tarifbindung allerdings erheblich und kontinuierlich zurückgegangen. Waren noch 1996 an die 70 % (Westdeutschland) bzw. 56 % (Ostdeutschland) der Betriebe tariflich über einen Branchentarifvertrag gebunden, lag der Anteil zehn Jahre später nur noch bei 57 % (Westdeutschland) bzw. 41 % (Ostdeutschland). Mittlerweile sind es nur noch 53 bzw. 37 %.

Der Anteil der Beschäftigten, deren Arbeitsverhältnisse tarifgebunden sind, sank damit ebenfalls deutlich. Heute hat nur noch jeder zweite (Westdeutschland) bzw. jeder dritte Arbeitnehmer einen tarifgebundenen Arbeitsvertrag.

Tarifbindung ermöglicht Teilhabe

Der deutlich sichtbare gravierende Wandel in der Arbeitswelt bewirkt, dass Menschen immer häufiger ausgegrenzt werden – bei der Arbeit und im Leben insgesamt. Die Tarifbindung ist ein entscheidender Faktor, um Niedriglohnjobs zu begrenzen und Teilhabe und Demokratie zu ermöglichen.

Die Politik ist gefordert, einen Rahmen zu schaffen, der die Tarifautonomie stärkt. Konkret heißt das, das Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung zu reformieren, sodass wieder deutlich mehr nicht-tarifgebundene Betriebe unter den Geltungsbereich eines Flächentarifvertrages fallen und damit auch mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gerechten Lohn und faire Arbeitsbedingungen erhalten. Unsere Nachbarn Frankreich, Österreich, Niederlande beispielsweise sind bereits entsprechende praktikable Wege ge-

gangen. Die Quote der Tarifbindung liegt dort zwischen 82 und 97 %.

Die Erweiterung der Tarifbindung, die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns als allgemeingültige Lohnuntergrenze im Interesse der Stärkung der Tarifautonomie, die Reregulierung der Minijobs und atypischer Beschäftigungsverhältnisse sind die entscheidenden Werkzeuge, die die politischen Akteure einsetzen müssten, um den Niedriglohnsumpf trockenzuliegen. Instrumente, Wege und Möglichkeiten sind vorhanden. Die Politik muss endlich handeln.

Die Gewerkschaften haben ihre Forderungen für eine zukunftsfähige Politik an die Parteien im Bundestagswahlkampf noch einmal deutlich artikuliert. Es gilt, zum Wohl der gesamten Gesellschaft einen handlungsfähigen Staat, die sozialen Sicherungssysteme und die Ordnung der Arbeitsmärkte zu stärken.

Bei den Vorstandsvergütungen braucht es Transparenz, Begrenzung in Relation zur durchschnittlichen Belegschaftsvergütung und vor allem eine Beendigung der 100 %igen steuerlichen Subventionierung.

Für die Gewerkschaften geht es um Glaubwürdigkeit. Die steigenden Mitgliederzahlen in den DGB-Gewerkschaften sind ein Zeichen dafür, dass Wählerinnen und Wähler für einen Politikwechsel aktiv mitstreiten wollen. 2012 streikten in Deutschland über 1,2 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für einen Tarifvertrag, gerechte Löhne und faire Arbeitsbedingungen. Das sind sechsmal mehr Beschäftigte als ein Jahr zuvor. Die Beschäftigten wollen sich nicht mit den unhaltbaren Zuständen der »working poor« abspeisen lassen.

An der Frage eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns kommen die Parteien im Bundestagswahlkampf nicht vorbei. Eine Umfrage im Auftrag des DGB hat ergeben, dass bereits in dem Zeitraum von 2008 bis 2013 der Anteil der deutschen Bevölkerung, der einen allgemein-

gültigen gesetzlichen Mindestlohn befürwortet, von 55 % auf 86 % gestiegen ist. Dies ist eine eindeutige Botschaft.

Deutschland ist an einer schweren Krise vorbeigeschrammt. Die Folgen der europaweiten Krisenauswirkungen werden aber auch Deutschland treffen. Werte wie Freiheit, Solidarität, Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind die Orientierungsmarken für eine tragfähige und Perspek-

tiven schaffende Politik der Zukunft. Alles andere ist mit den Gewerkschaften nicht zu machen.

Parteipolitisch unabhängig werden die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auch weiterhin im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien für soziale Gerechtigkeit in der politischen Arena eintreten und Unterstützung bei den Parteien einfordern. ■

Klaus Busch / Dierk Hirschel / Anne Karrass

Mehr Europa, aber anders

Europa steckt in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Merkel, Barroso und Lagarde haben den alten Kontinent kaputt gespart. Von Paris bis Madrid schrumpft die Wirtschaft. Fast 27 Millionen Menschen haben keine Arbeit. Doch wie müsste eine Europapolitik für die Menschen strukturiert sein?

Klaus Busch

(* 1945) ist Professor (em.) für Europäische Studien und europapolitischer Berater von ver.di.

busch@uos.de



Dierk Hirschel

(* 1970) ist Bereichsleiter Wirtschaftspolitik der Gewerkschaft ver.di.

dierk.hirschel@verdi.de



Anne Karrass

(* 1977) ist Volkswirtin und arbeitet im EU-Verbindungsbüro von ver.di.

anne.karrass@verdi.de



Am schlimmsten trifft es Südeuropa. In Spanien und Griechenland ist jeder Vierte arbeitslos. In Madrid, Lissabon, Rom und Athen wächst eine verlorene Generation heran. Die ökonomisch und sozial schädliche Kürzungspolitik hat ihre selbst gesteckten Ziele verfehlt. Der europäische Schuldenberg wird wegen der Sparpolitik immer größer. Doch unbeirrt setzt die Troika ihre neoliberale Schocktherapie fort.

Nach drei Jahren erfolglosen Krisenmanagements hat auch Berlin erkannt, dass der Euro ohne politische Union keine Überlebenschance hat. Folglich streben Merkel, Schäuble, Rösler & Co nach mehr europäischer Integration. Letztes Jahr wurden der EU-Ratspräsident van Rompuy und Kommissionschef Barroso beauftragt, konkrete Vorschläge zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion zu machen.

Inzwischen haben sie geliefert. Herausgekommen ist eine »Reformagenda« aus kurz-, mittel-, und langfristigen Maßnahmen. Einige Vorschläge sind durchaus sinnvoll. Dazu gehören die Einführung einer Europäischen Wirtschaftsregierung und